

Erinnern statt verdrängen

Als ehemalige Stadt der Reichsparteitage wiegt die historische Last in Nürnberg besonders schwer. Die Stadt hat dieses Schicksal angenommen und konfrontiert Bewohner wie Besucher mit ihren historischen Schattenseiten.

Nürnberg bearbeitet seine Geschichte wie sonst kaum eine andere Kommune in Deutschland.

Text André Fischer

Fotos Christine Dierenbach

Der Altstadt kern Nürnbergs, der „Stadt der Reichsparteitage“, war nach dem Zweiten Weltkrieg zu 95 Prozent zerstört. Von den Bomben hingegen praktisch verschont blieb das circa 1 100 Hektar große ehemalige Reichsparteitagsgelände, das in den 1930er-Jahren am Dutzendteich errichtet wurde. Es steht für den Größenwahn der Nationalsozialisten. Angesichts der Zerstörungen eine geradezu zynische Hinterlassenschaft der Verursacher des Zweiten Weltkriegs.

Was macht aber eine Stadt mit den gigantischen Requisiten, die keiner mehr haben will und die schon gar nicht mehr gebraucht werden? Alleine die Kongresshalle, die nicht fertiggebaut wurde, sollte über 50 000 überdachte Sitzplätze haben. Was blieb von den nationalsozialistischen Propagandaveranstaltungen, mit denen die Teilnehmenden auf eine aggressive Volksgemeinschaft und einen Krieg eingeschworen wurden?

Zunächst nur kollektive Verdrängung. Angesichts von Wohnungs- und Hungersnot versuchten Stadt und Bevölkerung, die Hinterlassenschaften zu ignorieren oder pragmatisch zu nutzen. Dabei wurde jeglicher Erinnerungszusammenhang vermieden. War da etwas? Die Unbekümmertheit im Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände wirkt in der Rückschau fast peinlich.

Angesichts der unterschiedlichen Nutzungen wie Autorennen und Konzerte fand eine Profanierung des Nazi-Geländes, das 1 000 Jahre stehen sollte, statt. Es gab Pläne für ein neues Stadion oder ein Erlebniszentrum mit Einkaufspassage. Parallel zur Nutzung des Areals als Freizeit- und Veranstaltungsgelände setzte ab den 1960er-Jahren eine Debatte ein, wie mit der Geschichte des Geländes grundsätzlich umgegangen werden soll und ob die Stadt Nürnberg die Bauten nicht besser einzäunt und verfallen lässt.

Erinnerung mit pädagogischem Fingerzeig

Hermann Glaser, langjähriger Schul- und Kulturreferent Nürnbergs, begründete die verspätete Debatte damit, dass sich die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass das Gelände nicht von selbst verfällt. Es durfte auch nicht mehr verfallen, denn seit 1973 stand es unter Denkmalschutz und musste von der Stadt mit viel Geld erhalten werden. In Folge des großen historischen Interesses an dem Areal wurde 1985 die Ausstellung „Faszination und Gewalt“ in der nicht heizbaren Zeppelintribüne eingerichtet, die allein in den Sommermonaten 50 000 Besucher anzog. Der erste Schritt in Richtung einer informativen Dauerausstellung war gemacht.

Bei der Monumentalität der Bauten war es eine schwierige Suche, wie die adäquate Form der Er-

Blick auf den zu errichtenden
Ergänzungsbau als neue Spielstätte
des Staatstheaters Nürnberg im
Kongresshallen-Innenhof.

Visualisierung Georg Reich GmbH & Co. KG

innerung im Rahmen einer
Ausstellung aussehen soll. Die
Nazi-Geschichte des Reichs-
parteitagsgeländes sollte als
Schauseite der Nazi-Diktatur nicht
verharmlost werden. Das Gelände
sollte aber auch kein begehbare Nazi-
Museum werden. Das Ziel war, mit einer
Dauerausstellung zu dokumentieren, was
auf dem Reichsparteitagsgelände passiert
ist und welche Rolle es in dem nationalso-
zialistischen Propagandasystem gespielt hat.
Es entwickelte sich eine Erinnerungskultur mit
pädagogischem Fingerzeig, die aus den Fehlern der
Geschichte lernen wollte. Das ehemalige Reichspar-
teitagsgelände ist deshalb weder Mahnmal noch
Gedenkstätte, sondern ein Erinnerungsort. Mit
der sinkenden Zahl von Zeitzeugen wurde in den
letzten Jahren die Bildungsarbeit auf dem Lernort
Reichsparteitagsgelände zunehmend wichtiger.
Schritt für Schritt nahm das Bild einer Stadt, die sich
ihrer Vergangenheit stellt und in die Zukunft blickt,
konkrete Formen an. Seit 1995 wird alle zwei Jahre
der Nürnberger Menschenrechtspreis an Persön-
lichkeiten, die sich um die Durchsetzung der Men-
schenrechte verdient gemacht haben, verliehen.
Ein Zeichen, dass Nürnberg aus seiner Geschichte
gelernt hat. Finanziell großzügig unterstützt vom
Verlag Nürnberger Presse.

Neugestalteter Eingangsbereich
im Dokumentationszentrum
Reichsparteitagsgelände.

Geländeinformationssystem
ehemaliges Reichspartei-
tagsgelände.



Memorium Nürnberger Prozesse, Saal 600.

Ende der 1990er-Jahre wurde die Idee der Einrichtung eines Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände konkret. 1998 schlug der Grazer Architekt Günther Domenig einen 130 Meter langen Gang aus Stahl und Glas vor, der den nördlichen Kopfbau der Kongresshalle diagonal durchschneidet. Ein architektonischer Kunstgriff, der das rechtwinklige, symmetrische Ordnungsschema der Nationalsozialisten zerstört. Verbunden war der Gang, der einem Pfeil gleicht, mit Ausstellungsräumen und einem Bildungsforum für Veranstaltungen. 2001 war Einweihung und Eröffnung der Ausstellung „Faszination und Gewalt“.

Der Publikumszuspruch war riesig: Abgesehen von den Corona-Jahren waren es stets über 200 000, teilweise über 300 000 Besucher pro Jahr. Doppelt so viele wie geplant. Diese positive Publikumsresonanz führte dazu, dass 2019 begonnen wurde, die Nutzungsfläche zu erweitern.

Verantwortungsvoller Umgang

Die noch immer gültigen Leitlinien zum Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände beschloss der Stadtrat am 19. Mai 2004. Die zentralen Festlegungen sind: Die weitgehend authentischen NS-Relikte bleiben erhalten und werden als Lernorte zur Geschichtsvermittlung genutzt. Es soll temporäre Kunstinstallationen geben und die Erholungsfunktion des Geländes, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, gestärkt werden. Eine kommerzielle Nutzung des Areals wird abgelehnt. Grundsätzlich werden keine Festlegungen getroffen, „die nachfolgenden Generationen die Möglichkeit verschließen würden, eine eigene Form des Umgangs zu finden und mit eigenen Antworten auf die NS-Hinterlassenschaften zu reagieren“.

Vorangetrieben haben die Entwicklung vor allem der frühere Oberbürgermeister Ulrich Maly (2002–2020) und Kulturreferentin, später Kulturbürgermeisterin Julia Lehner (seit 2002). Langfristiges Ziel ist, das ehemalige Reichsparteitagsgelände als nationale Aufgabe zu definieren und Teile davon, etwa den emblematischen Ort Kongresshalle, in eine eigene Stiftung einzubringen, damit die finanzielle Unterstützung von Bund und Freistaat Bayern auf Dauer gesichert werden kann. Das ehemalige Reichsparteitagsgelände ist die größte noch erhaltene Hinterlassenschaft der Nationalsozialisten in Deutschland. Die Erhaltungsmaßnahmen für Zeppelintribüne und Zeppelinfeld, die 2024 begonnen wurden, kosten 85,1 Millionen Euro, die sich Stadt, Bund und Land teilen.

Für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, als Nürnberg Austragungsort von Spielen war, wurden auf dem Gelände 23 drei Meter hohe Informationstafeln aus Edelstahl aufgestellt, die Auskunft über die einzelnen Bereiche des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes gaben, wenn man das Gelände selbstständig erkunden wollte. In der Innenstadt wird an die menschenverachtenden „Nürnberger Gesetze“ erinnert. Sie wurden im Rahmen des Reichsparteitags 1935 im Haus des Industrie- und Kulturvereins am Frauentorgraben von den Nationalsozialisten beschlossen. Die „Nürnberger Gesetze“ waren die formale Grundlage für die Unterdrückung, Ausgrenzung und Ausbeutung jüdischer Bürger. Recht wurde durch Unrecht ersetzt.

Das historische Interesse der Besucher Nürnbergs konzentrierte sich aber nicht nur auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände, sondern auch auf den Schwurgerichtssaal 600 im Justizpalast an der

Fürther Straße. Dort fanden 1945 und 1946 die Prozesse gegen 24 NS-Hauptkriegsverbrecher statt. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden nach einem Krieg die Verursacher wegen Vorbereitung, Entfesselung und Führung eines Angriffskriegs angeklagt. Die persönliche Verantwortung bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollte juristisch und strafrechtlich aufgearbeitet werden. Der Prozess und die Nachfolgeprozesse gegen maßgebliche Institutionen und Unterstützer des NS-Regimes gelten als Beginn des Völkerstrafrechts. Damit wurde eine rechtliche Tradition begründet, die zur Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag führte. Das Memorium widmet sich seit 2013 mit einer Ausstellung im Justizpalast mit vielen Dokumenten und Tonaufnahmen den Kriegsverbrecherprozessen. Im Schwurgerichtssaal 600, in dem der alliierte Gerichtshof tagte, finden keine Prozesse mehr statt. Er ist frei zugänglich. Rund 150 000 Besucher kommen pro Jahr ins Memorium, das in den nächsten Jahren erweitert werden soll.

Lern- und Begegnungsort

2030 soll der Lern- und Begegnungsort Zeppelintribüne und Zeppelinfeld seinen Betrieb aufnehmen und ein umfangreiches pädagogisches Programm zu den Themen Propaganda und NS-Inszenierung auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände anbieten. Der frühere Bahnhof Dutzendteich, der eigens für die Reichsparteitage gebaut wurde, wird damit neben dem Dokumentationszentrum ein weiterer zentraler Anlaufpunkt werden. Erinnerungskulturell erschlossen wird dabei auch der Bahnhof Märzfeld: Von dort wurden die jüdischen Bürger in die Konzentrationslager verschickt. Er war auch der Ankunftsort für viele Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.

Die Leitlinien, die in ihrem Kern auf ein Bewahren, Dokumentieren und Aufklären hinauslaufen, wurden schrittweise, aber konsequent in den vergangenen 20 Jahren umgesetzt. Zuletzt gab es eine behutsame inhaltliche Weiterentwicklung.

Kulturbürgermeisterin Julia Lehner machte bei der Vorbereitung der Bewerbung Nürnbergs als Kulturhauptstadt Europas 2025 den Vorschlag, die Kongresshalle mit Atelier- und Veranstaltungsräumen sowie Proberäumen kulturell zu nutzen: „Wir sind einen besonderen Weg im Umgang mit der Kongresshalle gegangen und wollen mit einem zweiten Schritt Bildung, Begegnung, Experiment fördern.“ Auch nach dem Scheitern der Bewerbung hielt Nürnberg im Oktober 2023 an den Plänen fest.

Dazu gehört auch der Bau einer Spielstätte für Oper und Ballett des Staatstheaters. Das Opernhaus am Ring muss ab 2027 saniert werden. Die Frage, wo der Ersatzbau für die Oper während der Sanierung hinkommt, war heftig umstritten. Gegner dieser Lösung sahen eine Beeinträchtigung des Denkmals Kongresshalle, wenn ein Baukörper im Innenhof und unter direkter Anbindung an die Kongresshalle errichtet wird. Am Ende gab es aber eine große Mehrheit für die Lösung, einen Ort der Unkultur mit Kultur zu verwandeln. „Die Kongresshalle ist Erinnerungs- und Kulturort“, so Julia Lehner.

Am 17. Juli 2024 erhielt die Georg Reisch GmbH & Co. KG, Bad Saulgau, im Verbund mit dem Architekturbüro LRO GmbH & Co. KG Freie Architekten BDA, Stuttgart, den Zuschlag für den Ergänzungsbau im Innenhof der Kongresshalle mit einer Spielstätte für die Sparten Musiktheater und Tanz mit 800 Plätzen sowie einem Orchestersaal. Außerdem wird es Proberäume, Werkstätten und Ateliers im Rundbau der Kongresshalle geben. Rund 300 Millionen Euro wird die Spielstätte mit den Ermöglungsräumen für Kunst und Kultur kosten. Auf den funktionalen Theaterbau entfallen 85,5 Millionen Euro. Er wird ein begrünter Kubus sein. „Dabei gelingt es dem ausgewählten Entwurf für einen Ergänzungsbau, den Anforderungen des Denkmalschutzes wie denjenigen der Erinnerungskultur zu genügen“, so Lehner.



Eingang der Ausstellung
Memorium Nürnberger
Prozesse.